Absender SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr. 119/2004
	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ^A	zur Sitzung des
SPD-Fraktion	Rates am 25.03.2004

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2004 zur Auflösung der SVB

Inhalt:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2004 zur Auflösung der SVB ist beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die von der SPD-Fraktion vorgelegte Begründung enthält eine ganze Reihe von Aussagen, die der Richtigstellung bedürfen. Falsch ist zunächst die Aussage, durch verschiedene Aktivitäten der Stadtverkehrsgesellschaft seien Fehlbeträge in Millionenhöhe entstanden. Ein Blick in den Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft zeigt, dass im Geschäftsjahr 2003 Aufwendungen für Personal, Mieten etc. je nachdem, welche Positionen hier einbezogen werden, zwischen 200.000 und 250.000 Euro entstanden sind. Wären wesentliche Aufgaben der Stadtverkehrsgesellschaft durch städtisches Personal erledigt worden, wären auch hierfür Personal- und Gebäudekosten angefallen. Der weit überwiegende Teil der Mittel der Stadtverkehrsgesellschaft ist jedoch unmittelbar in den Bereich des ÖPNV gegangen, insbesondere in den Zehn-Minuten-Takt, in den Stadtbus Bensberg und Bergisch Gladbach, in das Anruf-Sammeltaxi und in das Schülerticket. Zudem konnten Zuwendungen des Kreises von ca. 100.000 Euro p.a. eingesetzt werden.

Es ist weiterhin unzutreffend, die Verwaltung des Schülertickets sei die einzige Tätigkeit der Stadtverkehrsgesellschaft. Ebenfalls falsch ist die im letzten Satz der Begründung indirekt enthaltene Aussage, die bisherigen Investitionen in die Stadtverkehrsgesellschaft hätten nicht zu spürbaren Verbesserungen für den ÖPNV-Nutzer geführt. In den letzten Jahren wurde der Busverkehr in Bergisch Gladbach in vielerlei Hinsicht deutlich verbessert. Hierzu zählen verbesserte Linienführungen ebenso wie der Zehn-Minuten-Takt zwischen Gladbach und Bensberg. Nicht nur durch die Aktivitäten im Bereich des Schülertickets, sondern auch durch vielfältige Marketingmaßnahmen einschließlich eines Stadtfahrplans wurde für den ÖPNV und seine Nutzung nachhaltig und erfolgreich geworben. Des Weiteren hat die Stadtverkehrsgesellschaft umfangreiche Hilfestellung zur Verbesserung des Schulbusverkehrs einschließlich der Sport- und Bäderfahrten geben können.

Unzutreffend ist nicht zuletzt die Aussage, das Büro der Stadtverkehrsgesellschaft sei nicht mehr genutzt. Es ist nach wie vor Anlaufstelle für eine Vielzahl von Kundinnen und Kunden, insbesondere im Bereich des Schülertickets.

Zur Zukunft der Stadtverkehrsgesellschaft

Die Rahmenbedingungen für den ÖPNV haben sich global wie lokal in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Hier sind nicht nur die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zum Themenkomplex Beihilferecht zu nennen, hierzu gehört die grundsätzliche Diskussion über die Zukunft des deutschen ÖPNV-Rechts, insbesondere der Konzessionen, ebenso wie die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, die zu einer wesentlich kritischeren Betrachtungsweise der Zuschüsse für den ÖPNV geführt hat.

Auch lokal haben sich Veränderungen ergeben. Die Einführung des Schülertickets im Solidarmodell beispielsweise war zum damaligen Zeitpunkt ausschließlich über eine städtische Institution, hier die Stadtverkehrsgesellschaft, möglich. Inzwischen wird das Schülerticket generell und auch das spezielle Bergisch Gladbacher Modell von allen Verkehrsunternehmen positiv gesehen, was schlicht ein Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der Stadtverkehrsgesellschaft ist.

Ob sich die Stadt Bergisch Gladbach in Kenntnis der heute bestehenden Rahmenbedingungen vor fünf Jahren zur Gründung der Stadtverkehrsgesellschaft entschlossen hätte, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, dass für die damalige Entscheidung unter den seinerzeit bestehenden Rahmenbedingungen gute Gründe sprachen, was sich auch in der breiten Zustimmung des Rates ausdrückte. Die inzwischen eingetretenen Veränderungen waren nicht voraussehbar. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des europäischen Rechts und die Situation der kommunalen Finanzen.

Die Geschäftsführung der Stadtverkehrsgesellschaft bemüht sich, wesentliche Geschäftsfelder der Gesellschaft auf die örtlichen ÖPNV-Unternehmen zu übertragen. Bis zu einem positiven Abschluss dieser Gespräche ist die Stadtverkehrsgesellschaft, die weit mehr als 6.000 Kundinnen und Kunden betreut, als Institution zwingend erforderlich. Zudem haben die inzwischen durchgeführten organisatorischen Veränderungen bereits zu einer wesentlich günstigeren Leistungserbringung geführt. Über eine Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft sollte dann gesprochen und gegebenenfalls entschieden werden, wenn zuverlässig sichergestellt ist, dass insbesondere das erfolgreiche Schülerticket von einem anderen Träger weitergeführt wird.

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	